



Dr. Martina Bunge
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Schwarz-Gelb bleibt bei der Kopfpauschale verlässlich unverlässlich

Berlin, 27.05.2010

Bezug:

Anlagen:

Dr. Martina Bunge, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 4.814

Telefon: +49 30 227-70067

Fax: +49 30 227-76076

martina.bunge@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Lübsche Str. 97

23966 Wismar

Telefon: +49 03841-3265994

Fax: +49 03841-3265994

martina.bunge@wk.bundestag.de

www.martina-bunge.de

Gesundheitspolitische Sprecherin der
Fraktion DIE LINKE

Leiterin des Arbeitskreises V

„Gesundheit, Pflege und

Behindertenpolitik“ der Fraktion DIE

LINKE

„Die Kopfpauschale kommt, sie kommt nicht, sie kommt, sie kommt nicht...Schwarz-Gelb bleibt verlässlich unverlässlich. Ich habe schon oft gesagt, dass wir hier eine dreiste Verwirrungstaktik oder eine enorme Unfähigkeit der Regierung erleben und fühle mich jeden Tag bestätigt,“ teilt Martina Bunge zu den jüngsten Äußerungen der Gesundheitspolitiker aus FDP und CDU/CSU mit. Die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Letzte Woche lässt Herr Rösler verkünden, die Regierungskommission würde nicht mehr gebraucht und die Eckpunkte der Reform gleich dem Kabinett vorgestellt. Dann sollen die Eckpunkte doch nicht dem Kabinett vorgestellt werden, sondern Anfang Juni der Regierungskommission und der Öffentlichkeit. Heute teilt Rösler mit, er sei dabei den Partei- und Fraktionsvorsitzenden ein Gesamtkonzept vorzustellen – also nicht der Regierungskommission und nicht der Öffentlichkeit. Gleichzeitig wird gesagt, dass die Vorschläge nun doch dem Kabinett in Meseberg vorgelegt werden sollen. Alles klar?

Damit aber nicht genug: Nebenher teilt Koschorrek, der Obmann der CDU im Gesundheitsausschuss, mit, die Beiträge senken und dies mit Mehrwertsteuererhöhungen finanzieren zu wollen. Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU, Spahn, will gleich alle Sozialbeiträge senken und durch höhere Spitzensteuern finanzieren.

Chaos ist der Name des Konzepts der Regierung zur Finanzierung des Gesundheitssystems. Chaos können wir in diesem wichtigen Feld aber nicht gebrauchen.“